

Überlegte Solidarität

Der Ukraine-Krieg führt zu klaren Stellungnahmen der Wissenschaft – und konkreten Maßnahmen der DPG.

Der russischen Invasion der Ukraine ab 24. Februar folgten rasch auch in der Wissenschaft entschiedene Erklärungen gegen diesen kriegerischen und völkerrechtswidrigen Angriff und für Solidarität mit der Ukraine und ihren Bürgerinnen und Bürgern. Die Allianz der deutschen Wissenschaftsorganisationen verurteilte bereits einen Tag später das Vorgehen Russlands als Angriff auf elementare Werte der Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung, auf denen Wissenschaftsfreiheit und wissenschaftliche Kooperationsmöglichkeiten basieren. Den Partnern in der Ukraine gelte daher die uneingeschränkte Solidarität. Gleichzeitig empfahl die Allianz, wissenschaftliche Kooperationen mit staatlichen Institutionen und Wirtschaftsunternehmen in Russland mit sofortiger Wirkung bis auf Weiteres einzufrieren. Deutsche Forschungsgelder dürften Russland nicht mehr zugutekommen und keine gemeinsamen wissenschaftlichen und forschungspolitischen Veranstaltungen stattfinden. Darüber hinaus sollten keine neuen Kooperationsprojekte initiiert werden.

Zeitgleich mit der Allianz veröffentlichten die vier großen naturwissenschaftlichen Gesellschaften, der Dachverband der Geowissenschaften (DVGeo), die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG), die Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) und der Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland (VBIO) eine Erklärung. Darin äußerten sie ihre tiefe Bestürzung über die kriegerische Gewalt in der Ukraine, die Menschenleben vernichte, Selbstbestimmung ignoriere und Zusammenarbeit zerstöre, statt friedlichen Ausgleich und Kooperation zu suchen. Die Fachgesellschaften betonen, dass der freie Wissensaustausch über Grenzen hinweg untrennbar mit dem Respektieren der Menschenrechte, der Meinungsfreiheit und des Völkerrechts verbunden sei. Auch wenn nun die Politik gefragt sei, gelte es für die Wissenschaftlerinnen und Wissen-



Adobe Stock / Natalia Oglozka

Die Welle der Solidarität für die Ukraine ist groß, auch in der Wissenschaft.

schaftler, eine wichtige Verantwortung und Aufgabe wahrzunehmen: „Wir werden uns mit ganzer Kraft dafür einsetzen, die Brücken für einen freien Austausch von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Meinungen über Ländergrenzen und Kulturen hinweg weiter zu erhalten. Wir lassen uns nicht in unserem Glauben an die verbindende Wirkung von Wissenschaft erschüttern!“

„Bei dieser Erklärung waren Präsident, Vorstand und Geschäftsstelle der DPG maßgeblich bei der kurzfristigen Abstimmung beteiligt“, sagt Karin Zach, DPG-Vorstandsmitglied für internationale Beziehungen und ehemalige Leiterin der Fachgruppe Physik und Mathematik in der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

„Es fällt schwer, sich in diesen Zeiten auf die Physik zu konzentrieren“, sagt DPG-Präsident Lutz Schröter. „Der Krieg gegen die Ukraine verlangt von uns eine klare Haltung gegen die Aggression des russischen Staates und gleichzeitig die Solidarität mit unseren Fachkolleginnen und -kollegen. Wir wollen den persönlichen Gesprächsfaden auch zu unseren russischen Freunden und Wissenschaftlerinnen oder Wissenschaftlern nicht abreißen lassen, die oft kritisch dem Regime gegenüberstehen und von der russischen Regierung nicht in Geisel-

haft genommen werden dürfen. Auch ihnen gilt unsere Solidarität. Unsere Maßnahmen richten sich ausschließlich gegen die staatstragenden institutionellen Einrichtungen.“

Die fortlaufende Eskalation des Krieges erschwert die Unterstützung der ukrainischen Wissenschaft zusehends, während der internationale Boykott Russlands dazu führt, dass die wissenschaftlichen Verbindungen dorthin gekappt sind. Auf der jüngsten Sitzung des Vorstandsrates hat die Deutsche Physikalische Gesellschaft beschlossen, Konsequenzen aus dem Verhalten des russischen Staates zu ziehen und die Zusammenarbeit mit russischen wissenschaftlichen Einrichtungen bis auf Weiteres auszusetzen. „Wir unterscheiden ganz klar zwischen institutionellen und persönlichen Beziehungen“, betont Karin Zach. Letztere seien nicht zuletzt deshalb wichtig, weil russische Wissenschaftler:innen sonst so gut wie keinen Zugang zu vernünftigen Informationen hätten.

Mittlerweile haben über 7000 russische Wissenschaftler:innen, darunter 65 Akademie-Mitglieder, und Wissenschaftsjournalist:innen einen offenen Brief unterschrieben, in dem sie unmissverständlich erklären: „Wir protestieren nachdrücklich gegen die von den Streitkräften unseres Lan-

des eingeleitete Militäraktion in der Ukraine. Dieser fatale Schritt führt zu enormen Verlusten an Menschenleben und untergräbt die Grundlagen des etablierten Systems der internationalen Sicherheit. Die Verantwortung für die Entfesselung eines neuen Krieges in Europa liegt allein bei Russland. Es gibt keine vernünftige Rechtfertigung für diesen Krieg.“ „Dieser offene Brief, der in Russland nicht mehr zugänglich ist, zeigt, dass ein Boykott leider auch immer die Falschen trifft. Hier ist ein umsichtiges Handeln erforderlich“, sagt Karin Zach. Auf den DPG-Tagungen dürften russische Physiker:innen daher teilnehmen, aber nicht im Namen einer russischen Institution. „Gerade mit den jetzt laufenden DPG-Frühjahrstagungen ist das Signal wichtig, dass es angesichts des Krieges nicht einfach weiter wie bisher gehen kann“, sagt Zach. Ein solches Signal komme aber zum Beispiel vom internationalen Kernforschungszentrum JINR im russischen Dubna. Der Direktor Grigory Trubnikov forderte die Institutsangehörigen und Gastwissenschaftler:innen auf, angesichts der derzeitigen Situation Ruhe zu bewahren und sicherte zu, dass das Forschungszentrum ungestört weiterarbeiten könne. Er beschwor die einigende Kraft der Wissenschaft,

ohne jedoch ein Wort über den Krieg gegen die Ukraine zu verlieren. Zwölf Rektoren russischer Universitäten übten sich in unmissverständlicher Deutlichkeit: Sie begrüßten in einer gemeinsamen Erklärung offen die von Putin propagierte „Entmilitarisierung und Entnazifizierung der Ukraine“. Die Europäische Universitätsvereinigung (EUA) kündigte daraufhin am 7. März an, dass sie die Mitgliedschaft der zwölf russischen Universitäten, deren Rektoren die Erklärung unterzeichnet hatten, aussetze. Die Erklärung stehe „in diametralem Gegensatz zu den europäischen Werten, zu denen sich [die Universitäten] beim Beitritt zur EUA verpflichtet haben“. Die Universitäten blieben so lange suspendiert, bis sie sich wieder an diese Werte hielten, so die EUA.

Die DPG plant in der kommenden Zeit mehrere Maßnahmen, um sich für die Ukraine zu engagieren. Dazu gehört die Unterstützung der Ukrainischen Physikalischen Gesellschaft und von Fachgesellschaften in den zentraleuropäischen Ländern. Die Initiative „Physik für Flüchtlinge“ soll neu für Kinder und Jugendliche aus der Ukraine aufgelegt werden und die Dr. Karl Mey-Stipendien sollen ukrainischen Nachwuchsphysiker:innen die Teilnahme an Tagungen ermögli-

chen. Zudem ist es geplant, eine Stellen- und Netzbörse einzurichten sowie ein Spendenziel zu kreieren.

„Diese Maßnahmen sind das Ergebnis der zeitnahen und intensiven Diskussion. Damit können wir uns als Fachgesellschaft wirklich einbringen“, betont Karin Zach. Die Maßnahmen müssten jetzt weiter konkretisiert und mit Handlungsoptionen unterlegt werden. Dabei seien für eine Umsetzung Ideen und vor allem die aktive Mitarbeit der DPG-Mitglieder notwendig.

Alexander Pawlak

Erklärungen zum Ukraine-Krieg

DVGeo, DPG, GdCH, VBIO:

bit.ly/3IsoNqV (25. Februar)

Allianz der Wissenschaftsorganisationen:

bit.ly/37Btdh8 (25. Februar)

Offener Brief russischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler:

<https://trv-science.ru/2022/02/we-are-against-war> (Original-Link, 27. Februar), <https://t-invariant.org/de/2022/02/we-are-against-war-de>

JINR-Direktor Grigory Trubnikov:

youtu.be/AkbhaNSVhCU (5. März)

Russische Universitäts-Rektoren:

bit.ly/3ioMTHe (4. März)

Zerschlagene Kollaborationen

Russlands Angriff auf die Ukraine zerstört die Zusammenarbeit mit der russischen Wissenschaft.

Während sich der Krieg in der Ukraine im Alltag durch steigende Kosten für Erdgas, Heizöl und Treibstoffe bemerkbar macht, reißt er in der Wissenschaft Brücken ein, die über viele Jahre, teils Jahrzehnte aufgebaut wurden. Besonders betroffen sind die international agierenden Großforschungseinrichtungen.

Ein Beispiel versteckt sich hinter dem EU-Projekt CREMLINplus. Das Akronym steht für „Connecting Russian and European Measures for Large-scale Research Infrastructures“; das Plus deutet an, dass es sich um ein Fortsetzungsprojekt handelt. Das Projekt zielt auf den Ausbau der wissenschaftlichen Zusammenarbeit mit

Russland ab: Zehn russische Partnerinstitute und 25 Einrichtungen in der Europäischen Union sowie assoziierten Ländern des Forschungsrahmenprogramms Horizon 2020 arbeiten seit zwei Jahren daran, die Kooperation von Großforschungseinrichtungen zu verbessern. Die Koordination des Projekts liegt beim DESY. Dort leitet Martin Sandhop die Abteilung „Internationales“ des Direktoriums – und hat nun viel zu tun, um das Projekt neu aufzustellen.

Denn die Europäische Kommission hat als Geldgeber alle Mittel, die nach Russland hätten fließen sollen, für unbestimmte Zeit auf Eis gelegt. Alle zehn Arbeitsgruppen müssen

sich neu organisieren, weil die russischen Mitglieder nicht mehr mitarbeiten. Laut Martin Sandhop gebe es momentan keinen Kontakt zu den ehemaligen Partnerinnen und Partnern, von denen sich einige nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine beschämt gezeigt hätten.

Zu den russischen Großforschungsprojekten, für die CREMLINplus auch ein Zugangsverfahren für nicht-russische Forschende entwickeln sollte, gehören die Neutronenquelle PIK in Gatchina bei Sankt Petersburg und die Ionen-Collideranlage NICA in Dubna. Von der gemeinsamen Arbeit, auch an neuen Detektortechnologien für die Anlagen, haben die Partner